Fernsprech-Stellen 11 Altst., 582 Neust.-Dresden.

Abonnement: vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75. — Inserate: Marienstr. 13 bis Nachmitt. 3 Uhr, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis 5 Uhr. Nachm. Die 1spaltige Petitzeile (ca. 8 Silben) 15 Pfg. Unter Eingesandt: Zeile 30 Pfg. Eine Garantie für das nachfolgende Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben. Auswärtige Inserations-Aufträge gegen Pränumerandozahlung durch Briefmarken oder Postvorschuß, 8 Silben 15 Pfg. Inserate für Montag oder nach Festtagen Petitzeile 20 Pfg. Inserate nehmen an: Annoncen-Bureaux von Haasenstein u. Vogler, Rud. Mosse, Daube u. Co., Invalidendank, G. Müller-Görlitz, A. Rieß-Magdeburg, J. Barck-Halle, B. Arndt-Berlin W., A. Steiner-Hamburg, Bielefeld-Leipzig. Für Rückgabe eingesandter Manuskripte keine Verbindlichkeit.

# Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.


Knaben- und Mädchengarderobe für das Alter von 1—15 Jahren aus reinwollenen, leinenen und sonstigen praktischen Waschstoffen, geschmackvolle Façons und gut gearbeitet, empfiehlt zu bekannt billigsten Preisen das grösste Kinder-Garderobe-Magazin von S. Nagelstock, Altmarkt 6.

Echt engl. Cylinder-Hüte und eigenes Fabrikat, Filzhüte in bekannt besten Qualitäten. Reichhaltige Auswahl, billigste Preise. Fabriklager ff. Strohhüte für Herren und Knaben. C. F. Lehmann, Hofhutm., Scheffelstr. 24.

Prof. Dr. Jäger's Schlaf- u. Reise-Decken, Wolle und Kameelhaar, grösste Auswahl. Jean Schieme Nachf., Neustädter Rathhaus.

Wollene Schlafdecken, grösstes Lager am Platze, in allen Qualitäten. Kameel- u. Naturwolldecken von M. 8,75 an. Preiscourant gratis und franco. W. Metzler, 15 Altmarkt 15. Bitte genau auf Firma zu achten.

Garnirte Brautkissen in allen Preislagen und den verschiedensten Ausstattungen. Neuheiten in garnirten und ungarnirten Körben. C. Hesse, Königl. Hoflief., Altmarkt.



Nr. 180. 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. | Aussichten für den 28. Juni: Schwacher unbestimmter Wind, vorwiegend heiter, trocken, warm. | Dresden, 1884. Sonnabend, 28. Juni.


## Abonnement.

**Die geehrten auswärtigen Leser der „Dresdner Nachrichten" bitten wir das Abonnement für das dritte Quartal 1884 baldigst erneuern zu wollen, damit wir die Nummern ohne Unterbrechung weiter liefern können.**

**Die Postanstalten des Deutschen Reichs und Auslandes nehmen Bestellungen auf unser Blatt an.**

**Abonnement in Dresden bei unserer Expedition (incl. Bringerlohn) 2 Mark 50 Pf. vierteljährlich, bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiet 2 Mark 75 Pf., in der Oesterreich-Ungarischen Monarchie 2 Gulden 20 Kreuzer excl. Agiozuschlag.**

**Expedition der „Dresdner Nachrichten", Marienstr. 13.**


Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden


Geringes Verständniß für die Interessen des Reiches, Mangel an Vaterlandsliebe, schwaches Empfinden für die Ehre der Nation, zäher Haß gegen die Bismarck'sche Politik haben es also doch dahin gebracht, daß der Reichstag auseinander geht, ohne die Postdampfer-Unterstützung beschlossen zu haben. Nicht einmal zu einer zweiten Lesung brachte es die Vorlage und wenn trotzdem über ihren sachlichen Inhalt eine der längsten und interessantesten Berathungen gepflogen wurde, so ist dies das Verdienst des konservativen Abg. v. Maltzahn. Er ergriff die Gelegenheit beim Schopfe und zwang die Freisinnig-Deutschen, Farbe zu bekennen. Es handelte sich um den Handels-, Freundschafts- und Schifffahrts-Vertrag mit Korea. Dieses vom chinesischen Festlande nach dem japanischen Meere als Halbinsel vorspringende Königreich hatte sich bis vor 9 Monaten gegen den Verkehr mit dem Auslande gänzlich abgeschlossen. Erst im vorigen Jahre gelang es Amerika, mit Korea einen Handels-Vertrag einzugehen. Deutschland macht sich schleunigst die Gelegenheit zu Nutze, seine Handelsbeziehungen zu erweitern und seinen Gewerbtreibenden einen neuen Absatzmarkt zu sichern. Der mit Korea abgeschlossene Handels-, Freundschafts- und Schifffahrts-Vertrag entspricht im Ganzen den mit anderen überoceanischen Ländern eingegangenen; er sichert uns Deutschen die Meistbegünstigung ohne jede Einschränkung, Niederlassung, Gerichtsbarkeit u. dergl. Aber mit dem bloßen Abschluß eines solchen Vertrages ist an sich nur Wenig erreicht. Ein Nutzen kann aus dem Vertrage für unser Vaterland erst erwachsen, wenn sich auf Grund des Vertrages thatsächlich recht lebhafte Handelsbeziehungen dahin entwickeln. Deshalb schlug Bismarck vor, die deutschen Postdampfer sollten auf der Linie, die Japan als Endziel hat, einen Hafen Koreas regelmäßig anlaufen. Es ist unverständlich, wie der Reichstag, der den Handels-Vertrag mit Korea annahm, die Dampfer-Vorlage nicht einmal zur Berathung gelangen ließ. Die Engländer sind weder solche Querköpfe, noch verblendet sie der Haß gegen die jeweilig am Ruder befindliche Regierung, sich die Vortheile solcher neuer Handelsverbindungen schleunigst anzueignen. England und Deutschland haben gleichzeitig die Verhandlungen über den Handels- und Schifffahrts-Vertrag mit Korea begonnen, aber während wir Deutsche uns bis aufs Blut über das Ob? einer Dampfer-Unterstützung streiten, etablirten bereits die Engländer eine Dampferlinie nach Korea. Diesen Widersinn zwischen der Annahme eines Handelsvertrages und der Verweigerung der Mittel ihn auszuführen, rieb der Abg. v. Maltzahn den Deutsch-Freisinnigen gehörig unter die Nase und er schloß seine Anklage mit der Bemerkung: das Volk wisse nunmehr, daß die deutsch-freisinnige Partei Allem, was die Größe und Ehre Deutschlands nach außen fördern könne, feindlich sei. Natürlich protestirten die Herren mit ungeheuerem Pathos gegen diese Beschuldigung; ahnen sie doch, daß sie im Vaterlande ein mächtiges Echo erwecken muß.

Die sich an den Koreanischen Handelsvertrag anknüpfende Debatte führte nun den Fürsten Bismarck wiederholt auf den Plan. Selten hat er die fortschrittlichen Gegner seiner der Ehre, Größe und Wohlfahrt des Reichs gewidmeten Politik so gründlich in den Sand gesetzt wie diesmal. Diese Kumpane hatten es aber auch darnach getrieben. Sogar den Vorwurf der Trägheit und Nachlässigkeit in der Amtsführung hatten sie dem Kanzler nicht gespart; sie bezichtigten ihn der Bummelei, weil er angeblich die Postdampfervorlage monatelang in seinen Bureaus habe liegen lassen. Die Perfidie, mit der Richter und Bamberger zu Werke gingen, wurde aber von Bismarck in ihrer ganzen Erbärmlichkeit aufgedeckt. Zum Scheine loben sie seine überseeische Politik, sie erkennen es an, daß er keine überschwenglichen, fantastischen Kolonialprojekte im Schilde führe: nachher aber fahren sie fort: es ist gut, daß das so ist, denn sonst kämen wir in böse Geschichten und nun malen sie allerhand entsetzliche Schreckbilder aus. Bismarck hat zwar mit aller Bestimmtheit erklärt: er denke nicht daran, Kolonien nach der Art der Franzosen im vorigen Jahrhundert zu gründen, daß das Reich ein außereuropäisches Stück Land annektirt, dann Beamte und Soldaten hinschickt, Kasernen und Forts errichtet u. s. w. Was macht Richter daraus? Er warnt den Reichskanzler auf Grund seiner eigenen Erklärungen davor, deutsche Landwehrmänner, die Weib und Kinder besitzen, auszuheben und nach Afrika zu schicken und dort in irgend welcher Sandwüste von Wilden aufspießen zu lassen. Wenn Bismarck sagt, es sei Pflicht des deutschen Reichs, die Interessen seiner Angehörigen und seines Handels im Auslande zu schützen, gäbe es dieselben jeder Unbill preis, so hieße dies Deutschlands Bankerotterklärung — was macht die oratorische Taschenspielerei Bamberger's daraus? Bismarck wolle für jeden abenteuerlustigen Deutschen im Auslande die Ehre des deutschen Reichs engagiren! Diese Wortverdrehung und Sinnunterstellung ist doch eine niederträchtige Art, das Abgeordnetenmandat zu benutzen. Bismarck wies mit Verachtung und Empörung die Muthmaßung Bamberger's zurück, als ob es hinreichte, daß sich ein abenteuernder Lump an ihn wendete, um sofort die kriegerischen Machtmittel Deutschlands in Bewegung zu setzen. Daß man ihm als solchen „Narr von Reichskanzler" ansehe, beweise eine unglaubliche Art von Geringschätzung seiner Leistungen als Staatsmann. Es mochte Bismarck wirklich eine arge Verbitterung ankommen, daß man ihm offen im Reichstage solche „Albernheiten, Thorheiten und Landesverrath" zutraute. Die Abpfefferung der Wortführer der Deutsch-Freisinnigen war reichlich verdient. Aber weshalb sich dieser Herren wegen groß echauffiren? Das Volk hat sie zu durchschauen begonnen. Wie kann man von dem „geschätzten jüdischen Gastfreund" Bamberger überhaupt verlangen, daß er von der Ehre und Wohlfahrt Deutschlands dieselben Begriffe habe, wie die Deutschen selbst? Niemand macht ihm aus dieser Verschiedenheit einen Vorwurf. Nur soll er uns damit verschonen, seine Begriffe für die unsrigen auszugeben oder sie uns aufzudrängen. Er hat in seinem ganzen parlamentarischen Wirken nur die eine Aufgabe, die Geschäftsvortheile seiner Stammesangehörigen zu wahren, vom Trödeljuden bis zum Börsenfürsten. Und das thut er mit anerkennenswerthem Eifer, oft schädlichem Uebereifer, mit Geist oder doch Geistreichelei.

Halten wir uns daher lieber an Das, was der Kaiser und der Kanzler von deutschem Stamme thun, um die Wohlfahrt der Söhne Teuts zu schirmen. Die Kolonialpolitik Bismarcks, für welche er die Billigung des Kaiser Wilhelm eingeholt hat, ist von ihm dahin gekennzeichnet worden: die Verantwortlichkeit für das Entstehen und die materielle Entwickelung deutscher Kolonien dem Unternehmungsgeiste unserer seefahrenden und handeltreibenden Mitbürger zu überlassen und weniger in der Form von Annektirungen, als in der Form von Gewährung von Freibriefen die ruhmreiche Laufbahn der ostindischen Kolonie zum Muster zu nehmen. Nicht Provinzen wollen wir gründen, sondern kaufmännische Unternehmungen in ihrer Entwickelung schützen. Dazu sollte die Postdampfervorlage dienen. Der Reichstag hat sie nicht zur Abstimmung gelangen lassen, denn, wie der Württemberger v. Wöllwarth schmerzbewegt ausrief: jeder schwäbische Bauersmann hat mehr nationales Gefühl als die Herren Bamberger und Richter. Bismarck ist aber nicht der Mann, sich entmuthigen zu lassen und so wird die Vorlage beim nächsten Reichstage wiederkehren. Denn so tiefeingreifende, die ganze Nation bewegende Fragen lassen sich nicht durch taktische Parlamentskunststückchen aus der Welt schaffen. Dann ist aber hoffentlich ein anders zusammengesetzter Reichstag vorhanden. Am Schluß der Sitzung gab Bismarck über die herzlichen Beziehungen zu Frankreich noch eine außerordentlich wichtige Erklärung ab, auf die wir (s. Tagesgesch.) hier ganz besonders hinweisen wollen.

Heute soll, nach Gladstone's Versicherung, in London die europäische Konferenz über Egypten zusammentreten. Eine merkwürdige Rolle ist dabei, schreibt die „Nat.-Ztg.", den europäischen Mächten angewiesen. Das politische Abkommen zwischen England und Frankreich ist den Parlamenten von Frankreich und England vorgelegt worden, das finanzielle Abkommen wird verschleiert gehalten. England giebt politisch nach, finanzieller Vortheile wegen, Frankreich übernimmt finanzielle Verluste wegen politischen Gewinns. In jedem der beiden Länder wird das Abkommen um des Punktes willen bestritten, der für den betreffenden Staat belastend ist. Es ist möglich, daß das Abkommen in beiden Ländern von den Parlamenten genehmigt, es ist ebenso leicht möglich, daß es zurückgewiesen wird. Bereits hat der Führer der Opposition im englischen Unterhause ein ausdrückliches Tadelsvotum angemeldet. In dieser Sachlage soll die Konferenz Beschlüsse fassen. Die europäischen Großmächte können berathen und beschließen, um schließlich ihre Feststellungen von dem englischen Parlament oder der französischen Deputirtenkammer einfach durchstrichen zu erhalten. Die englische Presse hebt die Widersprüche hervor, in welchen sich die Aeußerungen Ferry's und Gladstone's über die Tragweite der Abmachungen bewegen. Sie sind so groß, daß es unmöglich scheint, die Großmächte könnten diesen Abmachungen zustimmen, wenn der Sinn nicht aufs Neue und ganz bestimmt festgestellt wird. Diese Widersprüche betreffen gerade die wichtigsten Punkte. Die Voraussetzungen, unter welchen England am 1. Januar 1888 Egypten räumen muß, namentlich ob, wie Gladstone behauptet, Einstimmigkeit aller Mächte, England eingeschlossen, über die Angemessenheit der Räumung herrschen muß, oder ob es die Aufgabe Englands ist, als Bedingung für die Fortsetzung der Besetzung die Zustimmung aller Großmächte zu gewinnen. Weiter: die Machtbefugnisse der europäischen Finanzkontrole, welche Gladstone sehr bescheiden, Jules Ferry sehr groß darstellt; drittens: die Neutralisirung des Kanals von Suez, die Gladstone als für eine weitere Zukunft in Aussicht gestellt haben will, während Ferry sich auf ein bindendes Arrangement beruft. Im Uebrigen wird sich die Konferenz jedenfalls sehr beeilen müssen, wenn sie von den Thatsachen nicht überholt werden soll. Denn die Nachrichten, die von Assuan kommen, sind in hohem Grade besorgnißerregend. Wie es heißt, ist der Feldherr des Mahdi im Begriff, mit 30,000 Mann den Krieg nach Unteregypten zu tragen. In Assuan ist nur eine ganz unzuverlässige egyptische Truppe, die beim ersten Schuß zum Feind übergehen wird. Jules Ferry und Gladstone haben einen gegenseitigen ministeriellen Assekuranzvertrag gemacht; Europa soll durch seine Beschlüsse den leitenden Ministern Englands und Frankreichs parlamentarische Mehrheiten sichern. Wie auch diese Episode endigen mag, so viel ist sicher, daß es Herrn Gladstone als Leiter der europäischen Politik gelungen ist, alle Welt in Situationen zu bringen, wie sie sonderbarer und verkehrter gar nicht ausgedacht werden können.

## Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 27. Juni.

**Berlin. Reichstag.** Zuerst findet eine längere Geschäftsordnungsdebatte über die Reihenfolge der auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände statt. Präsident v. Levetzow hebt hervor, der Seniorenkonvent habe beschlossen, die Wahlprüfungen vor den dritten Lesungen zu erledigen, damit nicht an den so wichtigen Abstimmungen Mitglieder theilnehmen, deren Wahl alsbald für ungiltig erklärt wird. Schließlich läßt das Haus die Wahlprüfungen zuerst zu. Die Wahlen der Abgg. v. Szaniecki und Kutschbach (20. Sachsen) werden für ungiltig erklärt. Eine lange Debatte schloß sich namentlich an die Kutschbach'sche Wahl, deren Giltigkeitserklärung von den Abgg. Marquardsen (n.-l.) u. v. Köller (kons.) beantragt wurde. In der Debatte über die Wahl Kutschbach's konstatirt der sächs. Bundesbevollmächtigte v. Nostitz-Wallwitz gegenüber Wölfel, daß die sozialdemokratischen Stimmzettel-Vertheiler sistirt wurden, weil die Leute im halb betrunkenen Zustande excedirten, nicht weil sie Stimmzettel-Vertheiler waren. Abg. Ackermann erklärte gegenüber einem Angriff Kaiser's, er verdanke seinen Sitz hier im Hause nicht den Stimmen von Gemeindevorständen und Gendarmen, sondern denen von gesetz- und ordnungsliebenden Männern. Nach der Ungiltigkeitserklärung der Wahl Kutschbach's folgte die dritte Berathung des Unfallversicherungs-Gesetzes. Rickert und Richter schilderten nochmals in grellen Farben das Unheil, welches der Ausschluß der Privatgesellschaften mit sich bringen müsse, und ergingen sich dann in Angriffen gegen die Nationalliberalen insbesondere Bennigsen, der nur zur Parade komme, im Kampfe aber sich hinter die Front zurückziehe. Ihnen schloß sich ein Sozialdemokrat an; die Sozialreform hätte mit dem Normalarbeitstag beginnen müssen. v. Wendt (Centrum) und Buhl (nationalliberal) vertheidigen die Vorlage gegen die Angriffe der Vorredner. Schließlich wurde das Gesetz mit einer Reihe von Abänderungsanträgen, gestellt von Konservativen, der Reichspartei, Nationalliberalen und vom Centrum, angenommen. Die wichtigste Abänderung ist die: die Berufsgenossenschaften sind befugt, der Krankenkasse, welcher der Verletzte angehört, gegen Erstattung der ihr dadurch erwachsenden Kosten die Fürsorge des Verletzten über den Beginn der 14. Woche hinaus bis zur Beendigung des Theilverfahrens zu übertragen. Das ganze Gesetz wurde in der Schlußabstimmung genehmigt, ebenso die Resolution Windthorst's, den Bundesrath zu ersuchen, zu erwägen, auf welche Weise die durch den gesetzlichen Ausschluß der Privatunfallversicherungs-Gesellschaften an ihrem Erwerb beeinträchtigten Bediensteten derselben zu entschädigen seien. Der Nachtragsetat für das Reichsversicherungsamt von 154,000 Mk. wurde in erster und zweiter Berathung genehmigt. Der Präsident stellte in Aussicht, daß in der morgigen Sitzung die Geschäfte des Hauses erledigt werden.

**Berlin.** Dem Bundesrath ging ein Antrag Preußens zu, elektrische Unternehmungen den genehmigungspflichtigen Gewerbeanlagen zuzuzählen. Der Antrag stand bereits heute auf der Tagesordnung. — Die unter Leitung des preußischen Ministers des Innern stehende „Provinzialkorrespondenz" hört mit Beginn des neuen Vierteljahres zu erscheinen auf.

**Berlin.** Zu dem heute Abend stattfindenden Gartenfest hatte Bismarck sein Erscheinen zugesagt, weil das Fest als eine Erwiderung der Einladungen betrachtet wird, mit denen der Kanzler in dieser Session den Reichstag beehrt hat. — Die Budgetkommission hielt Abends eine Sitzung über die Dampfersubventions-Vorlage ab. Hammacher beantragt eine Fassung für den Gesetzentwurf, der die Hauptbedingungen präcisirt. Von den Gegnern des Entwurfs wurde bisher ein einziger sachlicher Einwand erhoben: die Vorlage sei nicht präcis genug. Man will auf jeden Fall heute eine Abstimmung in der Kommission herbeiführen.

**Thorn.** Außerhalb der Stadt zwischen Anthal und Bösendorf fand ein Dammdurchbruch statt. Die Niederung ist weit überschwemmt, der Schaden unübersehbar.

**Beuthen.** Gestern Abend 8½ Uhr wurde die hiesige Feuerwehr zur Hilfeleistung nach Schwientochlowitz beordert. Es hieß, daß sämmtliche verschüttete Bergleute noch am Leben seien; in der That sind alle Verschütteten gerettet worden.

**Paris.** Die offiziellen Berichte aus Toulon enthalten relativ günstige Mittheilungen über die dortige Epidemie. Dagegen schildert eine gestern an den Deputirten von Toulon, Dammas, gelangte Privatdepesche eine Verschlechterung der Situation: 11 Todesfälle und 60 Cholerakrankungen sind von Mittwoch auf Donnerstag vorgekommen.

**Tientsin.** Dem Zusammenstoß zwischen den Franzosen und Chinesen in Tonking wird seitens Li-Hung-Changs eine vertragswidrige Bedeutung nicht zuerkannt.

**Frankfurt a. M.**, 27. Juni. Credit 259⅝. Staatsbahn 261½. Lombarden 122½. 60er Loose —. Oesterr. Silberrente —. Papierrente —. Galizier 23[illegible]. Oesterr. Goldrente —. 4% Ung. Goldrente —. 77er Russen —. 80er Russen —. 2. Orientanleihe —. Neueste Ungar. Goldanleihe —. 3. Orientanleihe —. Ungar. Papierr. —. Diskonto 156,25. Egypter 68,50. Gotthardb. —. Russen —. Ruhig.

**Wien**, 27. Juni. Credit 301,30. Staatsbahn —,—. Lombarden —,—. Nordwestb. —. Marknoten —. Ung. Goldr. —. Tabak-Act. —. Ruhig.

**Paris**, 27. Juni. (Schluß.) Rente 77,00. Anleihe 107,15. Italiener 95,40. Staatsbahn 660,00. Lombarden 302,50. do. Prioritäten —. Egypter 291. Oesterr. Goldrente —. Spanier 59,81. Ottomanen [illegible]. Tabaksactien —. Schwach.

**Paris**, 27. Juni. (Mittags.) 3% Rente 78,50. Anleihe 107,15. Italiener 95,40. Spanier 59,81. Egypter 291,87. Ottomanen 662,50. Türken 7,72. Suez 13,43. Lombarden 302,00. Franzosen 660,00. Flau.

**London**, 27. Juni. Consols 100,00. 1873er Russen 83,37. Lombarden —,—. Türken 7,65. 4% fund. Amerik. —,—. 4% Ung. Goldr. —,—. Oest. Goldr. —,—. Pr. Cons. —,—. Suez 77,75. Egypter 57,75. Ottomanen 14,50. Fester.

**London**, 27. Juni. Weizen ruhig, unverändert, angekommener fest. Mehl träge. Mais weichend. Gerste fest. Hafer gefragt, anziehend. Wetter schön.

## Lokales und Sächsisches.

— Se. M. der König beehrte gestern Nachmittag in Begleitung Sr. Exc. des Generaladjutanten, Generallieutenant v. Carlowitz, die Ausstellung von im Privatbesitz befindlichen Gemälden im Kgl. Orangeriegebäude mit seinem Besuche. Se. Maj. wurde bei der Ankunft von den Comitee-Mitgliedern Geh. Rath v. Craushaar, Kommerzienrath Pilz und Architekt Hauschild ehrfurchtsvoll begrüßt und unterzog unter deren Führung die ausgestellten Kunstgegenstände einer eingehenden, fast eine Stunde währenden Besichtigung. Während derselben äußerte Se. Maj. sich wiederholt mit huldvollster Anerkennung über den Werth und die Aufstellung der reichen Kunstschätze und begab sich sodann nach liebenswürdigster Verabschiedung von den genannten Comitee-Mitgliedern nach Pillnitz zurück.

— Zu der Feier des 1. Juli, als dem Tage, an welchem Se. Excellenz der Kriegsminister v. Fabrice vor 50 Jahren in die Armee trat, wird eine Adresse der Lausitzer Vierstädte (Bautzen, Löbau, Kamenz, Zittau) abgehen, die dem verdienstvollen Jubilar die ergebensten Glückwünsche darbringen soll.

— Die vorgestrige Stadtverordneten-Sitzung eröffnete Herr Vicevorsteher Dr. Matthäi mit einem warmen Nachruf an den jüngst dahingeschiedenen Altmeister deutscher Kunst und Ehrenbürger unserer Stadt Ludwig Richter, dessen Andenken das Kollegium durch Erheben von den Sitzen ehrenden Ausdruck gab. Vor Uebergang zur Tagesordnung beschloß das Kollegium noch, die Ferien im Einklange mit den Schulferien auf die Zeit vom 15. Juli bis mit 15. August festzusetzen. Zunächst stand der Antrag des St.-V. Dr. Lotze u. Gen. zur Berathung, dahin gehend, nach dem Vorgange anderer Städte an geeigneten Stellen der öffentlichen Anlagen eine hinreichende Anzahl von Ruhebänken von der Benutzung durch Kinderwärterinnen auszuschließen und diese Ruhebänke in deutlicher Weise kenntlich zu machen. Der Antragsteller motivirt diese Forderung im Wesentlichsten mit der Thatsache, daß für ältere und altersschwache Personen, die in den Promenaden Erholung suchen wollen, kaum ein Plätzchen auf einer Bank sich mehr fände, da die Bänke fortwährend von Kindern und Kinderwärterinnen förmlich belagert seien. Im Interesse des Publikums rechtfertige sich daher dieser Antrag von selbst. Letzterer findet jedoch durch die St.-V. Lingke und Hartwig lebhaften Widerspruch, weniger prinzipiell als vielmehr der Form nach. Herr Lingke beantragt, eine Vermehrung der Bänke in den städtischen Anlagen zu veranlassen und diese neuanzuschaffenden Bänke für Erwachsene zu reserviren, St.-V. Hartwig dagegen, für Beschaffung von mehr Kinderspielplätzen baldigst Sorge zu tragen. Schließlich gelangten alle drei Anträge zur Annahme. St.-V. Christoph referirt hierauf über die Petition des Allg. Miethbewohnervereins um zwangsweise Einführung der Flur- und Treppenbeleuchtung durch die Hausbesitzer und befürwortet nach längeren und sehr sachgemäßen Ausführungen die Annahme des vom vereinigten Verwaltungs- und Rechtsausschusse abgegebenen Gutachtens, nämlich dem Rathe zur Erwägung anheimzugeben, wie dem Uebelstande der mangelhaften Flur- und Treppenbeleuchtung der Häuser baldigst wirksame Abhilfe zu schaffen sei und damit die genannte Petition für erledigt zu erklären. St.-V. Schumann fand diese Fassung